



Niederschrift

54. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.11.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:07 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer	DIE LINKE	Teilnahme und Leitung der Sitzung bis 19.00 Uhr
-----------------	-----------	--

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung ab 19.01 Uhr
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Klaus Rietz	ANW	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	bis 20.00 Uhr
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Rolf Berndt	FDP	Vertretung für: Herrn Baron v. d. Osten gen. Sacken, Johannes FDP
Herr Dr. Nicolas Bauer	Die Andere	

sachkundige Einwohner

Frau Jacqueline Krüger	FDP	bis 20.05 Uhr
Herr Andreas König	Behindertenbeirat	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Wolfgang Schwarze	DIE LINKE	
Herr Wolfgang Schütt	CDU	
Herr Rolf Sterzel	Einzelbewerber	
Herr Andreas Vogel	DIE LINKE	
Frau Carola Walter	BürgerBündnis	

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter Geschäftsbereich 4
---------------------	-------------------------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Franziska Hammerschmidt	Familienpartei	entschuldigt
Herr Jan Wendt	Die Andere	entschuldigt

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
Herr Stefan Becker	FDP	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	Aktionsbündnis N/W	nicht teilgenommen
Herr Tino Henning	DIE LINKE	nicht teilgenommen
Herr Manfred Kleinert	Aktionsbündnis N/W	entschuldigt
Herr Horst Siebenhaar		entschuldigt
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Holger Wolinski	SPD	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.10.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Stadtentwicklungskonzept Verkehr (StEK Verkehr)
Vorlage: 13/SVV/0741
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Tempo 30 in schadstoffbelasteten Stadtgebieten
Vorlage: 12/SVV/0214
Fraktion Die Andere
 - 4.2 Uferwegkonzeption neue Ortsteile
Vorlage: 13/SVV/0476
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff) und alle betroffenen OBR
 - 4.3 Straßenreinigungssatzung 2014/15 - Differenzierung der Reinigungsklasse 3
Vorlage: 13/SVV/0496
Fraktion SPD
mit Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE
 - 4.4 Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0666

- Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.5 Straßenreinigungssatzung 2014/15 - Beibehaltung der gebührenpflichtigen Straßenreinigung
Vorlage: 13/SVV/0680
Fraktion DIE LINKE
- 4.6 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn"
Entscheidung über die künftige Trassenführung der Wetzlarer Straße,
Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Beschluss zur öffentlichen Auslegung und Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag
Vorlage: 13/SVV/0511
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)
- 4.7 Schulwegsicherheit an der Neuen Grundschule Babelsberg
Vorlage: 13/SVV/0533
Fraktion SPD
B./Sp. (ff)
- 4.8 Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor
Vorlage: 13/SVV/0613
Fraktion Potsdamer Demokraten
FA, SB, HA
- 4.9 Jahresbericht "Chancengleichheit 2011-2012"
Vorlage: 13/SVV/0708
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
G/S, SB, B/Sp., HA
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Info. zur Situation der Grenzwertüberschreitungen in der Zeppelinstraße sowie zu den rechtlichen Vorgaben (Bezug Schrb. einer Anwohnerin zur Stickstoffdioxid-Belastung)
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5.2 Info. zum Gutachten Verkehrssicherheit Ausfahrt Möbelhaus PORTA (Auftrag aus KOUL-Ausschuss 18.04.2013 i. Zusammenhang mit dem Antrag 13/SVV/0124 - Verkehrssicherheit auf der Neuendorfer Straße an der Ausfahrt des Parkplatzes des Porta-Möbelhauses)
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Sonstiges
- 6.1 Verständigung zur Beratung des Themas "Radverkehrssicherheit in den neuen Ortsteilen" im Ausschuss auf Wunsch eines Stadtverordneten
- 6.2 Verständigung zu Erfahrungsaustausch mit den Mitgliedern des Naturschutzbeirates und der Naturschutzhelfer im Ausschuss auf Wunsch eines Stadtverordneten

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung**
Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.10.2013 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 17.10.2013

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 17.10.2013 bittet Herr Menzel um Ergänzung des TOP 4.3. und trägt dazu aus seine Wahrnehmung vor.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass es im KOUL-Ausschuss bisher keine Wortprotokolle gibt. Sollte dies geändert werden, müsste der Vortrag von Herrn Menzel erst geprüft und die Beschlussfassung des Protokolls vertagt werden. Er bittet um Abstimmung, ob das Protokoll in der ungeänderten Fassung zur Abstimmung gebracht werden soll. Die Mitglieder des KOUL-Ausschusses sprechen sich mit 5/1/4 dafür aus.

Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgebracht, so dass die Niederschrift der Sitzung vom 17.10.2013 in ungeänderter Fassung mit 6 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 3 Stimmenthaltungen bestätigt wird.

Herr Menzel gibt zu Protokoll, dass er das Verhalten des Ausschussvorsitzenden in der letzten Sitzung als unangemessen empfand und den Eindruck gewann, dass damit die Besorgnis der Befangenheit begründbar wäre. Er bittet den Vorsitzenden, in der Rolle als Ausschussvorsitzender zukünftig seine neutrale Moderatorenrolle zu wahren.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung informiert der Ausschussvorsitzende, dass es einen Antrag auf Rederecht von Herrn Zillmann (Anwohner Babelsberg) zum TOP Straßenreinigungssatzung gibt. Er schlägt vor, die TOP 4.3 bis 4.5 vor TOP 3 zu behandeln.

Zum TOP 4.7 wird es einen Vor-Ort-Termin am 29.11.13 geben. Im Ergebnis dieses Vor-Ort-Termines wird sich die antragstellende Fraktion SPD zu dem weiteren Umgang mit diesem Antrag positionieren.

Der entsprechend veränderten Tagesordnung wird mit 11/0/0 bestätigt.

**zu 3 Stadtentwicklungskonzept Verkehr (StEK Verkehr)
Vorlage: 13/SVV/0741**

Herr Jäkel übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Volkmann (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) gibt anhand einer Präsentation umfangreiche Erläuterungen. Nach Beratung heute im KOUL-Ausschuss und nächsten Dienstag im SB-Ausschuss sollte möglichst die Beschlussfassung bereits in der Dezember-STVV erfolgen. Die Vorstellung in den Ortsbeiräten ist ebenfalls in den Novembersitzungen vorgesehen.

Herr Jäkel bringt folgenden Änderungsantrag ein:

" Die StVV möge beschließen:

1.) Im Text des Konzeptes ist auf Seite 81 unter der Überschrift Motorisierter Individualverkehr der erste Absatz zu streichen und durch nachfolgenden Text zu ersetzen:

„Ziel der künftigen Verkehrsentwicklung ist es, den MIV bzw. seine negativen Folgewirkungen in der Stadt Potsdam durch Stärkung der alternativen Mobilitätsangebote zu reduzieren. Der Bau einer neuen Verbindung über die Havel zur Entlastung der Innenstadt erfordert vertiefende Untersuchungen. Entlastungen in der Innenstadt und Auswirkungen an einzelnen anderen Straßen sind mit Betroffenheitsanalysen qualifiziert abzuwägen. Dabei ist die Störsicherheit und Gesamtleistungsfähigkeit des Potsdamer Straßennetzes mit und ohne Havelspanne vergleichend einzuschätzen.“

2.) Die Karte Nummer 20 ist zu ändern.

Es ist eine neue Karte 20A mit Havelspanne und ohne ISES abzubilden.

Es ist eine neue Karte 20B mit ISES zur Dortustraße (wie FNP) und ohne Havelspanne abzubilden."

Die Ausreichung dieser geänderten Karten sollte zur STVV erfolgen.

Herr Rietz regt an heute keine abschließende Entscheidung zu treffen. Bzgl. dieses umfangreichen Werkes sollte auch den Ortsbeiräten und Fraktionen die Gelegenheit zur Kenntnisnahme und Beurteilung gegeben werden.

Herr Schütt stellt für sich fest, dass keine gleichberechtigte Betrachtung aller Verkehrsarten vorgenommen worden ist. Diverse Fragen zu Berechnungsmodellen sind für ihn offen. Die Einführung von Tempo 30 im Hauptstraßennetz sollte nicht erfolgen. Hier verweist er auf die technischen Gegebenheiten der verschiedensten Fahrzeuge, die mit geringerem Tempo einen höheren Schadstoffausstoß erzeugen. Auch mit den Pfortnerampeln konnte nicht der gewünschte Effekt erzielt werden. Eine 2. Lesung hält er für ratsam.

Herr Dr. Bauer spricht sich ebenfalls für eine heutige 1. Lesung aus und spricht Aspekte wie Gesamtverkehrsbetrachtung und Investitionskosten an. Er möchte wissen, warum gegenüber dem früheren Entwurf die Mittel beim Radverkehr um 1 Mio € geringer ausfallen (die Beantwortung wird dem Protokoll als Anlage beigefügt). Unter Bezugnahme auf den Antrag 12/SVV/0214 hält er die Einführung einer Tempo 30 Geschwindigkeitsbegrenzung in den Bereichen Breite Straße und Zepelinstraße für erforderlich, um den Feinstaub zu reduzieren.

Herr Volkmann informiert zum Änderungsantrag von Herrn Jäkel, dass die 8 % Zunahme des Verkehrs als Durchschnitt zu betrachten ist. Dies ist nicht auf jede Straße gleich umlegbar. Die Umsetzung der Maßnahmen wird in einzelnen Straßenabschnitten auch zu einer Reduzierung des Kfz-Verkehrs führen. Hinsichtlich der Havelspanne verweist Herr Volkmann auf die Behandlung im SB-Ausschuss. Dort wurde u.a. diese Maßnahme für eine Berechnung im zusätzlich abgestimmten Kontrollscenario festgelegt. Für die Havelspanne wurde jedoch keine Aufnahme in das Szenario Nachhaltige Mobilität vereinbart. Auch eine Chance zur Finanzierung des 3. Havelüberganges gibt es nicht. Auf nochmalige Bitte von Herrn Jäkel zusätzlich eine Karte 20A mit Havelspanne und ohne ISES und eine Karte 20B mit ISES zur Dortustraße (wie FNP) und ohne Havelspanne abzubilden, bringt Herr Volkmann in Erinnerung, dass im Szenario nachhaltige Mobilität

beide Maßnahmen (3. Havelübergang und ISES) herausgenommen worden sind.

Auf den Hinweis von Herrn Schütt hinsichtlich der Berechnung antwortet Herr Volkmann, dass die Netzberechnungen mit den gängigen Rechenmodellen VISEVA und VISUM durchgeführt wurden. Anhand der tatsächlich vorhandenen Verkehrsstärken wurden diese Netze kalibriert, so dass eine belastbare Zahlengrundlage besteht. In die Prognosen sind auch die des Landes eingeflossen. Das betrifft das nahe und weite Umland. Zur Potentialabschätzung bezüglich P + R werden die Prognosedaten für durchaus belastbar gehalten. Bzgl. der Tempo 30 Frage im Hauptstraßennetz ist im StEK Verkehr nur wenig enthalten. Diese Frage sollte weiteren Untersuchungen aufbauend auf der Luftreinhalteplanung und der Lärmaktionsplanung vorbehalten bleiben. Hinsichtlich der Frage von Herrn Dr. Bauer bezüglich des Anteils des Wirtschaftsverkehrs bei der Entwicklung des Gesamtverkehrs antwortet Herr Volkmann, dass man da auf die Prognose des Landes angewiesen ist, diese den Wirtschaftsverkehr innerhalb des Gesamtverkehrs aber nicht separat ausweist.

Herr Klipp führt aus, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen federführend für das StEK Verkehr ist. Im SB-Ausschuss sind entsprechende Beschlüsse gefasst worden bestimmte Maßnahmen zu untersuchen oder nicht. Er bittet um Akzeptanz, dass der SB-Ausschuss im Szenario nachhaltige Mobilität weder die Havelspanne noch die ISES als zu berechnende Maßnahme festgelegt hat. Vielmehr spricht sich Herr Klipp dafür aus, dass im KOUL-Ausschuss Fragen zu den Auswirkungen auf das Klimaschutzkonzept, den Umweltschutz, den Lärm und zu Luftschadstoffen erfolgen.

Er widerspricht der Bemerkung von Herrn Schütt, dass keine gleichberechtigte Betrachtung aller Verkehrsarten erfolgt ist. Das Gegenteil sei der Fall. Der MIV erzeugt nicht nur den Löwenanteil bei CO², Luftschadstoffen und Lärm, er bekommt auch bei den vorgesehenen Investitionen den größten Anteil und überproportional mehr als ÖPNV und Radverkehr.

Herr Klipp ergänzt, dass die im StEK Verkehr vorgestellten Maßnahmen wesentlich die Verkehrsentwicklung der Stadt bis 2025 prägen sollen. Im Ergebnis kann so eine Steigerung des Anteils der Verkehrsmittel des Umweltverbundes im Potsdamer Binnenverkehr um acht Prozent erreicht werden. Damit wird dann voraussichtlich bis 2025 die CO²-Belastung um neun Prozent sinken, die NO²-Werte alle unter dem Grenzwert von 40 Mikrogramm je Kubikmeter liegen und die Überschreitungstage bei der Feinstaubbelastung unterhalb der zulässigen Zahl von 35 im Jahr liegen. Daneben wird es viele Infrastrukturverbesserungen geben, die letztlich allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen.

Herr Jäkel erklärt nochmals, dass es Antragsgegenstand ist, die Option für vertiefte Untersuchungen zur Havelspanne offen zu halten.

Herr Sterzel bringt zum Ausdruck, dass "hausgemachte" Behinderungen nochmals untersucht werden sollten. Hier spricht er als Beispiel die Verkehrsführung in der Charlottenstraße, das Abbiegen aus der Alleestr. in Richtung Neu Fahrland, die Abbiegespur Behlerstr./Verlängerung der Kurfürstenstr. an.

Herr Dr. Naumann äußert mit Blick auf den ÖPNV, dass es ein erhöhtes

Verkehrsaufkommen geben wird. Problematisch wäre dann die Finanzierbarkeit in den nächsten Jahren. Er bittet durch Prioritätensetzung mehr als bisher dafür zu sorgen, dass der ÖPNV ausreichend funktioniert, also auch dem erhöhten Fahrgastaufkommen gerecht wird. Er informiert, dass er mit Hilfe eines Testes mit dem eigenen Fahrzeug zu der Erkenntnis gelangt sei, dass der Schadstoffausstoß bei Tempo 30 höher sei als bei Tempo 50.

Herr Jäkel schließt sich seinem Vorredner an und verweist darauf, dass es Aufgabe sei für eine hohe Lebensqualität zu sorgen. Dies gilt nicht nur für die Anwohner, sondern auch für alle Verkehrsteilnehmer. Aus der Verantwortung für die Zukunft der Stadt ist neben einer Stärkung des ÖPNV die konsequente Stauvermeidung im Straßennetz erforderlich.

Auch Herr Schwarze plädiert dafür, das StEK Verkehr in 2. Lesung zu behandeln. Potsdam ist eine Insel, die über Brücken, Tunnel od. Fähren zu erreichen ist. Problematisch sei auch, dass die Fahrzeuge für Ver- und Entsorgung immer größer werden und die eingesetzte Technik auf Baustellen häufig mit Dieselmotoren nicht der neuesten Norm entspricht.

Herr Dr. Gunold spricht sich gegen eine Vertagung aus, da alle Argumente bereits mehrfach benannt worden sind. Der Verwaltung und der Stadt sollte die Chance gegeben werden, das Konzept nachhaltige Mobilität anzugehen.

Auf die Frage von Frau Krüger bzgl. der Kostenverteilung (Woher kommen Drittmittel?) geht Herr Volkmann kurz ein (z.B. ViP für Fahrzeugbeschaffung).

Der GO-Antrag von Herrn Rietz auf Vertagung wird zur Abstimmung gestellt: Abstimmung: 5/3/1 – damit wird die DS auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 4 Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 **Tempo 30 in schadstoffbelasteten Stadtgebieten**
Vorlage: 12/SVV/0214

Der Ausschussvorsitzende teilt nach Recherche im Ratsinformationssystem mit, dass der KOUL-Ausschuss zu diesem Antrag bereits im Jahr 2012 eine Beschlussempfehlung gegeben hat. Über das Prüfergebnis sollte im Zuge der Behandlung des StEK-Verkehr unterrichtet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, in vielbefahrenen Straßen mit besonders hoher Feinstaub- und Luftschadstoffkonzentration oder hoher Lärmbelastung eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 einzuführen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob die rechtlichen Voraussetzungen für eine Geschwindigkeitsbegrenzung in der Zeppelinstraße, der Breiten Straße, der Kurfürstenstraße, der Hans-Thoma-Straße und der Großbeerenstraße bzw. für einzelne Straßenabschnitte in diesen Straßen jeweils vorliegen.

Außerdem sollen die erforderlichen Maßnahmen und die entstehenden Kosten für die Einführung von Tempo 30 in diesen Bereichen geprüft werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist über das Prüfergebnis im Juni 2012 zu unterrichten.

zu 4.2

Fraktion Die Andere

Uferwegkonzeption neue Ortsteile

Vorlage: 13/SVV/0476

Die Einbringung ist bereits in der vergangenen Sitzung erfolgt. Herr Kneiding (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) geht auf die ausgereichte Tischvorlage ein.

- Änderung des Steckbriefes Uferabschnitt: 1 Golm (Änderungen in Planung; Zielzustand/Handlungsziele; farbig hervorgehoben) basierend auf dem Votum des OBR Golm
- Ergänzung: A 3 Plan: Übersicht – Eigentümer Zielwege

Herr Wartenberg kritisiert in seiner Funktion als Ortsvorsteher, dass der Beschluss des OBR Fahrland noch nicht Berücksichtigung gefunden hat. Folgende Beschlussergänzung hat der OBR Fahrland in seiner Sitzung am 23.10.2013 einstimmig empfohlen:

"Neuer dritter Absatz::

Dabei sind die Eigentumsverhältnisse sowie Dienstbarkeiten, Wegerechte und andere in den Grundbüchern eingetragene Nutzungseinschränkungen genau zu ermitteln und die Eigentümer und Begünstigten frühzeitig in den Planungsprozess einzubeziehen. Das gilt auch für die angrenzenden Flächen. Bei der Planung müssen auch Folgekosten (Sicherung, Pflege, Winterdienst) berücksichtigt werden."

Herr Kneiding bestätigt die Behandlung im OBR Fahrland. Er signalisiert für die Verwaltung, der Empfehlung aus dem OBR Fahrland zuzustimmen, so wie auch der Empfehlung des OBR Golm gefolgt worden sei (sh. ausgereichte Tischvorlage – farbig hervorgehoben).

Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch bezüglich der geplanten Mitnutzung von Betriebs- und Privatwegen erläutert Herr Kneiding, dass es sich hierbei ausschließlich um bereits vorhandene Wege handelt, deren Nutzbarkeit für die Allgemeinheit dauerhaft gesichert werden soll.

Herr Kirsch bittet weiterhin um Begründung für die uferferne Wegeführung im Bereich Neu Fahrland - westlich Birnenplantage. Herr Kneiding verweist auf die dort vorhandene uferseitige Bebauung, auf die Rücksicht zu nehmen sei. Es gebe örtlich nur einen geringen Bedarf für eine zusätzliche Ufererschließung zu

Erholungszwecken. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit werde an besiedelten Uferabschnitten in Neu Fahrland daher ein Stichwegekonzept verfolgt. Die Wegeverbindungen erfolgen dabei über ufernahe öffentliche Straßen.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Uferwegekonzept ist als Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns für die künftige Uferwegeentwicklung in den Ortsteilen anzuwenden.

Das Uferwegekonzept für die Ortsteile soll zusammen mit dem 2002 beschlossenen Uferwegekonzept für das damalige Stadtgebiet nach Überprüfung und Aktualisierung der dortigen Zielaussagen als Grundlage der gemäß DS 12/SVV/0280 zu erarbeitenden Umsetzungsstrategie für die Uferkonzeption dienen.

Einschl. der als Tischvorlage ausgereichten Unterlagen (sh. Anlage)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff) und alle betroffenen OBR

zu 4.3 Straßenreinigungssatzung 2014/15 - Differenzierung der Reinigungsklasse 3

Vorlage: 13/SVV/0496

Die Tagesordnungspunkte 4.3 bis 4.5 werden gemeinsam behandelt.

Herr Schenke (Grün- und Verkehrsflächen, Bereich Verwaltung/ Finanzmanagement) bringt die Vorlage ein. Er informiert, dass mit Ablauf des Kalkulationszeitraumes 2013 die Kalkulation und Beschlussfassung der Benutzungsgebühren Straßenreinigung sowie Winterdienst ab 2014 erforderlich ist. Unter Anwendung des KAG soll der Kalkulationszeitraum zwei Jahre betragen. Hiervon soll Gebrauch gemacht werden. Die vorliegende Kalkulation umfasst den Zeitraum 2014/2015 und berücksichtigt Kostenunter- und überdeckungen der abgelaufenen Kalkulationsperioden. Herr Schenke macht darauf aufmerksam, dass der hier vorliegende Satzungsentwurf die bisher getrennt geltenden vier Satzungen zur Straßenreinigung und zum Winterdienst in einer Satzung zusammen fasst. Dies wird wesentlich zur Verständlichkeit der Satzungsinhalte beitragen. Ab 2014 wird es nur einen Bescheid für Straßenreinigung und Winterdienst geben.

Herr Schenke ergänzt, dass 4 Prämissen in die Kalkulation eingeflossen sind:

- a) Die Differenzierung in der bisherigen RK 3. Nur die zentralen Straßen Babelsbergs sollen weiterhin wöchentlich, die übrigen 2 wöchentlich gereinigt werden (DS 13/SVV/0496),
- b) das Ergebnis der Anhörung von Anlieger 167 Straßen, die bisher in der

- RK 4 bzw. 5 eingeordnet waren. Gemäß Beschluss vom (DS 12/SVV/0726), waren die Straßen unterhalb des 66% Quorums (120 Straßen) in den RK zu belassen,
- c) 84 Kilometer Radweg werden zusätzlich in die Reinigung aufgenommen und
 - d) eine Umstufung von Straßen der RK 4 in die RK 5 wurde vorgenommen.

Die Satzung soll am 1. Januar 2014 in Kraft treten.

Der KOUL-Ausschuss hatte bereits in seiner Sitzung am 17.09.2013 zum Antrag der SPD-Fraktion 13/SVV/0496 zur Differenzierung der RK 3 eine Beschlussempfehlung abgegeben. Von Seiten der Verwaltung wurde signalisiert, dass diese Änderungen bereits in der jetzt vorliegenden Straßenreinigungssatzung 2014/15 berücksichtigt wird. Herr Heuer erklärt bzgl. des Änderungsantrages der Fraktion BürgerBündnis zur DS 13/SVV/0496 hinsichtlich der Einordnung der Reinigung der Turnstraße und Müllerstraße in die RK 4, dass er heute vor Ort war und den Änderungsantrag der Fraktion BürgerBündnis übernimmt, und um die Pasteurstr. ergänzt. Hinsichtlich des Änderungsantrages von Herrn Jäkel erfolgt keine Übernahme durch die SPD-Fraktion.

Herr Jäkel bringt folgenden Änderungsantrag zum Antrag 13/SVV/0496 ein:
Die Tuchmacherstraße und die Garnstraße sind ebenfalls in die RK 3a mit 14tägiger Reinigung einzuordnen.
Er bittet um getrennte Abstimmung zu den beiden Straßen.

Herr Jäkel bringt folgenden Änderungsantrag zur Straßenreinigungssatzung 2014/15 ein.

Beibehaltung der gebührenpflichtigen Straßenreinigung ein:

Die StVV möge beschließen:

In Auswertung des Ergebnisses der Bürgerbefragung nach Beschluss 12/SVV/0726 und in Korrektur des damaligen Beschlusses wird die Grenze von 66% erforderlicher Zustimmung aufgehoben und neu beschlossen, dass alle die Straßen in der gebührenpflichtigen Straßenreinigung verbleiben, bei denen sich mehr als die Hälfte aller Anlieger nach Frontmetermaßstab für den Verbleib in der städtischen Reinigung ausgesprochen haben, das heißt alle Straßen mit mehr als 50% Zustimmung der Anlieger."

Der Ausschussvorsitzende lässt die Gewährung des Rederechtes für Herrn Zillmann abstimmen: Abstimmungsergebnis – einstimmig dafür.

Herr Zillmann (Anwohner Babelsberg) informiert, dass 2/3 der Anwohner der Turnstraße und Müllerstraße sich für eine 4wöchentliche Reinigung ausgesprochen haben. Hier handelt es sich um reine Anliegerstraßen. Er bittet um entsprechende Anpassung in der Straßenreinigungssatzung für 2014.

Auf Nachfragen und Hinweise verschiedener Ausschussmitglieder geht Herr Schenke erläuternd ein:

- die in der vergangenen Ausschusssitzung erbetenen Informationen zur Vornahme einer Differenzierung der Antworten zum Ergebnis der Bürgerbefragung gemäß Beschluss 12/SVV/0726 und die Gegenüberstellung der Gebührekalkulation 2014/15 Quorum 66 % / Quorum 51 % sind den Mitgliedern des KOUL-Ausschusses am 15.11.2013 per e-mail übermittelt worden.

- Der Kalkulationszeitraum beträgt 2 Jahre mit Beginn 1.1.2014. Ein konkretes Ablaufdatum (Gültigkeit) wurde bewusst nicht vorgesehen, um ggf. zu verhindern, dass es vor Erlass einer neuen Satzung einen rechtsfreien Zeitraum gibt.
- Die Umlagefähigkeit innerhalb und außerhalb einer zusammenhängenden Bebauung gilt sowohl für die Straßenreinigungs- als auch die Winterdienstgebühr.
- Der Flächenzuwachs im Modul 3 resultiert aus der ab 01.01.2014 beauftragten Reinigung der Radwege.
- Kalkulationsgrundlage war der vorläufige BAB 2012, der endgültige liegt bis Dezember 2013 vor.
- Eine Herausnahme des städtischen Gewinnanteils der STEP GmbH in der Kalkulation erfolgte nicht. In der Gebührenabrechnung wird der städtische Gewinnanteil, der die Eigenkapitalverzinsung überschreitet, dem Gebührenzahler gut geschrieben.
- Der Abtransport/Verwertung von Laub in den RK 1 bis 5 erfolgt im Rahmen der Laubtouren durch die STEP. In der RK 6 wird das Laub durch den Anlieger entsorgt. Bei erheblichem Laubanfall wird die Stadt die Laubentsorgung hier übernehmen.

Die Beschlussempfehlung des KOUL-Ausschusses zum Antrag 13/SVV/0496 liegt bereits vor und ist im Ergebnis bereits in die Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der LHP (DS 13/SVV/0666) eingeflossen.

Fraktion SPD hat erklärt den ÄA der Fraktion BürgerBündnis hinsichtlich der Einordnung der Turn-, Müller- und Pasteurstraße in die RK 4 zu übernehmen.

Eine nochmalige Abstimmung des Antrages der SPD 13/SVV/0496, einschl. Aufnahme des Antrages BürgerBündnis erfolgt nicht.

Die Tuchmacherstraße und die Garnstraße sind ebenfalls in die RK 3a mit 14tägiger Reinigung einzuordnen.

Abstimmung zur Tuchmacherstr.: 5/3/2

Abstimmung zur Garnstraße: 6/2/1

zu 4.4
 Fraktion SPD
 mit Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE
**Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt
 Potsdam**
Vorlage: 13/SVV/0666
 Sh. TOP 4.3

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

**Einschl. der Beschlussempfehlungen aus den Anträgen 13/SVV/0496 bzw.
 13/SVV/0680 unter dem Vorbehalt der neu zu kalkulierenden Gebühren.
 Die entsprechende Überarbeitung ist bis zur STVV im Dezember 2013
 vorzunehmen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.5 Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
**Straßenreinigungssatzung 2014/15 - Beibehaltung der gebührenpflichtigen
Straßenreinigung**
Vorlage: 13/SVV/0680
Sh. TOP 4.3

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In Auswertung des Ergebnisses der Bürgerbefragung nach Beschluss 12/SVV/0726 und in Korrektur des damaligen Beschlusses wird die Grenze von 66% erforderlicher Zustimmung aufgehoben und neu beschlossen, dass alle die Straßen in der gebührenpflichtigen Straßenreinigung verbleiben, bei denen sich mehr als die Hälfte aller Anlieger nach Frontmetermaßstab für den Verbleib in der städtischen Reinigung ausgesprochen haben, das heißt alle Straßen mit mehr als 50% Zustimmung der Anlieger.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 4.6 Fraktion DIE LINKE
Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn"
**Entscheidung über die künftige Trassenführung der Wetzlarer Straße,
Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Beschluss zur öffentlichen
Auslegung und Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag**
Vorlage: 13/SVV/0511

Herr Jäkel informiert, dass auf seine Bitte hin, diese Beschlussvorlage nochmals in den KOUL- und den SB-Ausschuss zurück überwiesen worden ist. Er bringt folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen (Der Änderungsantrag, einschl. der Begründung liegt den Ausschussmitgliedern schriftlich vor):

"Die StVV möge beschließen:

Vor Auslegung des B-Planes ist eine Änderung in der Planzeichnung einzuarbeiten. Die Wetzlarer Straße ist im Plangebiet über die Planstraße 2 zur Heinrich-Mann-Allee zu führen und an die Querung der Eisenbahntrasse und die Verlängerung zur Drewitzer Straße anzubinden. Die benachbarten Flächen sind bei Beibehaltung ihrer Zweckbestimmung erforderlichenfalls entsprechend anzupassen."

Er begründet dies unter Präsentation einer Fotodokumentation mit dem Vorhandensein vieler bedeutsamer Großbäume, zumeist mehr als 60 jähriger Eichen, einer Ferngasleitung und den P + R – Parkplätzen des Bahnhofs Rehbrücke. All dies müsste nach dem Plan der Verwaltung für die Wetzlarer Straße beseitigt werden, könnte nach seinem Alternativplan, den er auch bildlich präsentiert, erhalten werden, weil in dem Bereich nicht drei Straßen sondern nur zwei Straßen gebaut würden. Die Wetzlarer Straße würde durch das Gewerbegebiet zu den Wohnungen abgeschirmt, durch Tieflage zur Unterführung hin nochmals lärmgeschützt und die T-Kreuzung zur Bahn lediglich um 90 Grad gedreht.

Herr Volkmann (Stadtentwicklung und Verkehrsentwicklung) geht erläuternd auf

die Verkehrslösung Wetzlarer Str. ein und äußert Vorbehalte zu der von Herrn Jäkel vorgeschlagenen Straßenführung.

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) ergänzt, dass der von der Verwaltung vorgelegten Entwurfsplanung alle Fachbehörden zugestimmt und die Abstimmung mit der Deutschen Bahn und dem Land sowie der Nachbargemeinde erfolgt sei. Damit könne das Verfahren zügig zur Planreife gebracht werden. Bzgl. einer Veränderung der Trassenführung, wie von Herrn Jäkel vorgeschlagen, wären neue verkehrstechnische Untersuchungen incl. Schallschutzgutachten (Kosten ca. 20 T€) und die erneute Abstimmung mit den Fachbehörden erforderlich. Dies würde zu einer Verzögerung von mindestens ¼ Jahr führen.

Zur Planung in der Wetzlarer Str. wird im weiteren Verfahren eine präzise Baumbestandsaufnahme erfolgen.

Herr Jäkel macht nochmals deutlich, dass die erforderliche Fällung der Bäume aus seiner Sicht problematisch sei. Auf der von ihm vorgeschlagenen Fläche gäbe es hingegen nur einen lockeren Baumbestand.

Herr Kirsch verweist auf das Lärmschutzgutachten; bei der von Herrn Jäkel vorgeschlagenen Wegeführung wären Gewerbebauten vom Lärm betroffen. Auch betrachtet werden sollte der Aufwand für die notwendigen Untersuchungen im Verhältnis zur Restlebenszeit der Bäume.

Herr Volkmann macht bzgl. des Hinweises von Herrn Kirsch darauf aufmerksam, dass eine gewerbliche Nutzung nicht unbedingt Industriebauten sein müssen, sondern auch die Büronutzung darunter fällt, sodass auch eine Beeinträchtigung der Arbeitsplätze berücksichtigt werden müsse.

Anhand der Karte geht Herr Volkmann auf den Vorschlag von Herrn Jäkel ein und erläutert, dass 2 versetzte Einmündungen in der H.-Mann-Allee signalgeregelt schwieriger wären als eine klare Kreuzungssituation. Die Straße über die Bahn müsste in Hoch- oder Tieflage gehen. Dafür wäre eine Rampe innerhalb des B-Plangebietes und eine völlig andere Erschließung notwendig. Beeinträchtigung würde auch für die städtebauliche Situation erfolgen, da Stützwände zu errichten wären. Verkehrssicherheitsbedenken bestehen hinsichtlich der Einmündungssituation der Straße zum Industriegebiet bezüglich der Kombination von S-Kurve und Kuppe bei Hochlage der Straße.

Herr Klipp geht nochmals auf die Inhalte der Verwaltungsvorlage und künftigen Trassenführung der Wetzlarer Straße ein. Er macht deutlich, dass die Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag Gegenstand des Gesamtpaketes ist. Durch die Bereitstellung einer Ersatzfläche für den Tennisverein „Rot-Weiß“ können die Flächen des ehemaligen Straßenbahndepots und des Tennisclubs an der H.-Mann-Allee als günstiger, zentrumsnaher Wohnbaustandort für ca. 700 WE genutzt werden.

Herr Jäkel nimmt Bezug auf das Gutachten zur Verkehrslösung der künftigen Wetzlarer Straße und kritisiert, dass dies noch immer nicht ausgereicht worden ist, obwohl dies durch Herrn Klipp bereits zugesagt worden ist. Herr Jäkel schlägt

vor, seinen Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Herr Dr. Bauer vertritt die Ansicht, dass die von Herrn Jäkel vorgeschlagene Trassenführung zu einer Verkürzung der Fahrzeit führen würde und bittet in den Prüfauftrag auch die Variante Tempo 30 aufzunehmen. Weiterhin fragt Herr Dr. Bauer auf welcher Seite die Bäume stehen (Rehbrücker oder Potsdamer Seite).

Herr Volkmann antwortet die Stadtgrenze würde nicht mittig verlaufen. Er bestätigt, dass die Stadt im Gespräch mit Rehbrücke bzgl. dem Vorhaben des Landes - Verlegung der Landesstraße 78 – ist.

Herr Kirsch befürwortet den ausgehandelten Städtebaulichen Vertrag, auch in Bezug auf Wohn- und Gewerberaum. Auch an anderer Stelle wären Baumfällungen erforderlich, so dass eine Abwägung vorgenommen werden sollte.

Er wird den Änderungsantrag von Herrn Jäkel ablehnen.

Frau Holtkamp erinnert an die Beratung im KOUL-Ausschuss im Oktober 2013. Im Vorgriff der heutigen Beratung ist den Ausschussmitgliedern u.a. der Auszug aus dem Verkehrsgutachten von StadtPlan im Bereich der Bahnquerung/Rampenföhrung wunschgemäß zugeleitet worden.

Der Eingang wird von Herrn Jäkel bestätigt, jedoch vermisse er zusätzliche erläuternde Sätze bzw. eine Erklärung.

Herr Klipp sichert die erbetene Ausreichung entsprechender Unterlagen kurzfristig zu.

Herr Berndt äußert sich positiv zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Trassenführung, wie Übersichtlichkeit der klaren Linienführung, Verzicht auf eine zusätzliche Ampelanlage, elegante Einspeisung auf die H.-Mann-Allee und Energieeinsparungseffekte. Das Problem der Bäume ist angesprochen worden. Herr Berndt spricht sich gegen den Änderungsantrag von Herrn Jäkel aus.

Der in einen Prüfauftrag umgewandelte Änderungsantrag von Herrn Jäkel wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis: 4/5/0 – damit abgelehnt

Die unveränderte DS 13/SVV/0511 wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die künftige Trassenführung der Wetzlarer Straße soll im Abschnitt zwischen der Drewitzer Straße und der Heinrich-Mann-Allee auf Flächen außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 124 „Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn“ unmittelbar angrenzend an die Flächen der Wetzlarer Bahn erfolgen (gemäß Anlage 1).
2. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn" ist nach § 9 Abs. 7 BauGB zu ändern (Anlage 2).
3. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn" ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (Anlagen 3 und 4).
4. Dem Städtebaulichen Vertrag wird zugestimmt, sofern aus dem weiteren Bebauungsplanverfahren kein Änderungsbedarf mehr resultiert (Anlage 5).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	2

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)

zu 4.7 Schulwegsicherheit an der Neuen Grundschule Babelsberg

Vorlage: 13/SVV/0533

Vertagt – sh. Verständigung zur Tagesordnung.

Fraktion SPD

B./Sp. (ff)

zu 4.8 Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor

Vorlage: 13/SVV/0613

Herr Dr. Naumann bringt den Antrag ein.

Herr Becker (Verkehr und Technik) teilt mit, dass die Verwaltung im Moment die Auswirkungen eines Verbotes prüft. Die Verwaltung könnte das Ergebnis in ca. 1 Woche vorlegen.

Herr Kirsch stellt den GO-Antrag, die DS bis zur nächsten Sitzung zurück zu stellen, um zu erfahren, welche Einnahme-Ausfälle dieses hätte und eine Übersicht zu erhalten, welche Veranstaltungen dort stattgefunden haben.

Herr Dr. Naumann informiert, dass die Verwaltung im Rahmen der Beantwortung der kleinen Anfrage 13/SVV567 Sondernutzung des Platzes am Brandenburger Tor (ostwärtige Seite) für Werbeveranstaltungen auf die Frage nach den Veranstaltungen bereits geantwortet habe (eine Kopie der Antwort wird den Ausschussmitgliedern per e-mail übermittelt).

Der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Kirsch wird zur Abstimmung gestellt:
Dafür bzw. dagegen spricht niemand.
Der KOUL-Ausschuss stimmt mit 8/0/1 für die Vertagung auf die nächste Sitzung.

Die Verwaltung wird den Ausschussmitgliedern in Vorbereitung der Sitzung das Prüfergebnis zuleiten.

- Fraktion Potsdamer Demokraten
FA, SB, HA
- zu 4.9** **Jahresbericht "Chancengleichheit 2011-2012"**
Vorlage: 13/SVV/0708
Die Mitteilungsvorlage liegt den Ausschussmitgliedern vor. Gesprächsbedarf besteht nicht.

Der KOUL-Ausschuss nimmt die MV 13/SVV/0708 zur Kenntnis.

- Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
G/S, SB, B/Sp., HA
- zu 5** **Mitteilungen der Verwaltung**

- zu 5.1** **Info. zur Situation der Grenzwertüberschreitungen in der Zeppelinstraße sowie zu den rechtlichen Vorgaben (Bezug Schrb. einer Anwohnerin zur Stickstoffdioxid-Belastung)**
Herr Olm (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) berichtet anhand einer Präsentation über die Schadstoffbelastung. Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

- FB Grün- und Verkehrsflächen
- zu 5.2** **Info. zum Gutachten Verkehrssicherheit Ausfahrt Möbelhaus PORTA (Auftrag aus KOUL-Ausschuss 18.04.2013 i. Zusammenhang mit dem Antrag 13/SVV/0124 - Verkehrssicherheit auf der Neuendorfer Straße an der Ausfahrt des Parkplatzes des Porta-Möbelhauses)**
Herr Becker (Verkehr und Technik) informiert, dass unter Bezug der Drucksache 13/SVV/0124 u.a. anhand der polizeilichen Unfallstatistik der Jahre 2010, 2011, 2012 und 2013 (vom 01.01. bis zum 03.05.2013) die Verkehrssicherheit untersucht und auditiert worden ist. Aus diesem Sicherheitsaudit ist zu konstatieren, dass vor allem das zweispurige Ausfahren, aufgrund der gegenseitigen Sichtbehinderungen, gefährlich sein kann. Deshalb wird – vorerst temporär – die Ausfahrt auf einen Fahrstreifen begrenzt und die Wirksamkeit dieser Maßnahme durch Polizei, Straßenverkehrsbehörde und Straßenbaulastträger laufend überwacht.
Sofern sich die Verkehrssicherheit dadurch positiv entwickelt, wird diese Maßnahme straßenbaulich umgesetzt.

Herr Dr. Naumann hält die hier vorgetragene Lösung für nicht ausreichend, da es sich nachweislich um einen Unfallschwerpunkt mit Personenschaden handelt. Insbesondere gefährlich sei es auch für Radfahrer. Er bittet sich nochmals der Sache anzunehmen, um zu einem zielführenden Resultat zu kommen. Beispielsweise denkbar wäre Ausfahrt über die Parallelstraße.

Herr Becker äußert, dass weitere Maßnahmen zur Verkehrssicherheit folgen werden, wenn die Einspurigkeit keine Wirkung auf die Sicherheit der Verkehrsabläufe haben sollte, wie z.B. Änderung des Fahrtrichtungsgebots oder Aktivierung einer zusätzlichen Ausfahrt u.a.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung diese Gefahrenstelle weiterhin unter Kontrolle zu halten und wenn die Beobachtungen abgeschlossen sind, den KOUL-Ausschuss zu informieren.

zu 6 FB Grün- und Verkehrsflächen
Sonstiges

zu 6.1 **Verständigung zur Beratung des Themas "Radverkehrssicherheit in den neuen Ortsteilen" im Ausschuss auf Wunsch eines Stadtverordneten**

Herr Klipp schlägt vor die Arbeitsteilung mit dem SB-Ausschuss zu berücksichtigen. Im SB-Ausschuss wird in regelmäßigen Abständen zu den Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes informiert. Im KOUL-Ausschuss sollte dies nur behandelt werden, wenn es um straßenverkehrsbehördliche Anordnungen geht bzw. um Radwege als Bestandteil der ländlichen Entwicklung.

Die Verwaltung wird auf die Fragestellungen von Herrn Menzel direkt antworten und bietet an, diese den Ausschussmitgliedern und den Ortsbeiräten zur Verfügung zu stellen. Zum Teil wurden dieselben Fragen bereits im Juli 2013 schriftlich Herrn Menzel beantwortet.

zu 6.2 **Verständigung zu Erfahrungsaustausch mit den Mitgliedern des Naturschutzbeirates und der Naturschutzhelfer im Ausschuss auf Wunsch eines Stadtverordneten**

Herr Menzel kündigt an aus gesundheitlichen Gründen die Sitzung eher verlassen zu müssen und bittet, den TOP 6.2 vorzuziehen.

Der Ausschussvorsitzende lässt die nochmalige Veränderung der Tagesordnung abstimmen. 8 Ausschussmitglieder stimmen dem zu.

Herr Menzel regt an den Mitgliedern des Naturschutzbeirates und den

Naturschutz Helfern, die ebenfalls ehrenamtlich und vielfach von der Öffentlichkeit unbemerkt tätig sind, Wertschätzung und Anerkennung aussprechen. Von daher schlägt Herr Menzel vor, diese Personengruppe in die Dezembersitzung des KOUL einzuladen, um einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und Worte der Anerkennung zu übermitteln.

Herr Kirsch äußert sich positiv zu dem Anliegen, jedoch sei es nicht Aufgabe des KOUL-Ausschusses danke zu sagen. Er empfiehlt, die Würdigung des Engagements der Mitglieder des Naturschutzbeirates und der Naturschutz Helfer in das Protokoll aufzunehmen.

Herr Jäkel als Vertreter des Ausschussvorsitzenden schlägt vor, die Verständigung darüber mit dem Ausschussvorsitzenden außerhalb dieser Sitzung vorzunehmen.